Bundeswehr I

Zugeständnis an Heckler & Koch

Das Verteidigungsministerium macht bei einem wichtigen Beschaffungsprojekt erneut Zugeständnisse an die Rüstungsindustrie: Das neue, 18 000 Euro teure Maschinengewehr der Bundeswehr braucht nicht so präzise zu schießen wie ursprünglich verlangt. Das Ministerium hat den Liefervertrag des MG5 im Dezember kurzerhand geändert. Demnach dürfen nach einem Rohrwechsel die Einschläge bei Einzelfeuer doppelt so stark vom angepeilten Ziel abweichen wie vorgesehen. Das Ministerium bekommt für die Vertragsänderung einen Preisnachlass von dem Waffenfabrikanten aus Oberndorf am Neckar. Die Kosten für die Lieferung von zunächst gut 7000 Gewehren, die sich um zwei Jahre verzögert hat, sind aber wegen technischer Änderungen um 5,7 Millionen Euro auf 131 Millionen Euro gestiegen. Als Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) vor zwei Jahren das Sturmgewehr G36 von Heckler & Koch wegen Präzisionsmängeln ausmusterte, versprach sie, die Industrie künftig unerbittlich zur Einhaltung von Qualitätszusagen zu verpflichten. „Offensichtlich hat das Ministerium nicht viel aus der G36-Affäre gelernt“, kritisiert der Grünen-Verteidigungsexperte Tobias Lindner. gt, mgb

DANIEL KARMANN / DPA

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg

Flüchtlinge

Gerichte kritisieren Bundesamt

Die oft unzureichende Arbeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) wird zunehmend zur Belastung für die Verwaltungsgerichte. Dies wurde bei einem Treffen der Justizstaatssekretäre von Bund und Ländern Ende März in Mainz kritisiert. Wohl um die Zahl der erledigten Verfahren in die Höhe zu treiben, würden Fluchtursachen nur unzureichend geprüft. Die Richter müssten in solchen Fällen die Arbeit des Bamf erledigen. Verfahren zögen sich oft unnötig in die Länge, weil Anfragen von Verwaltungsrichtern trotz mehrfacher Erinnerungen unbeantwortet blieben. Justizstaatssekretäre kritisierten auch, dass die Prozessreferate der Behörde noch immer nicht genügend zusätzliches Personal hätten, obwohl seit Langem mit einer Prozessflut gerechnet werden musste. Allein Nordrhein-Westfalen hat 59 zusätzliche Richterstellen geschaffen, um die vielen Asylverfahren zügig bearbeiten zu können. bas

Bildung

Schulz-Plan würde Milliarden kosten

Die Absicht des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz, im Falle eines Wahlsiegs die staatlichen Bildungsangebote von Gebühren zu befreien, könnte bis zu fünf Milliarden Euro pro Jahr kosten. Dieser Betrag werde wohl fällig, wenn Eltern und Studenten nicht mehr für Kitas und Unis zahlen müssten und auch Berufsausbildungskurse und Meisterprüfungen für Azubis und Handwerker kostenlos wären, heißt es in der Parteispitze. Da der SPD-Chef auch mehr Sozialarbeiter in Schulen und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung angekündigt hat, könne es noch teurer werden. Ungeklärt ist außerdem, wer die Kosten übernähme, wenn die Gebühren wirklich entfielen. Es handelt sich größtenteils um Angebote der Kommunen und Länder. Vermutlich müsste sich der Bund stärker als bislang an den Kosten beteiligen. böl

EU-Parlament

CDU für Sperrklausel

Die CDU will bei Wahlen zum Europäischen Parlament die Drei-Prozent-Hürde wieder einführen. Auf diese Weise solle ein transparentes und handlungsfähiges Parlament sichergestellt werden, heißt es in einem Beschluss des Bundesfachausschusses Europapolitik, der ins Programm der Partei für die Bundestagswahl eingehen soll. Statt auf nationaler Ebene müsse eine Mindest-Sperrklausel europaweit festgeschrieben werden. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hatte eine deutsche Regelung Anfang 2014 für nichtig erklärt, weil diese gegen die Chancengleichheit der Parteien verstoße. Die CDU fordert zudem, dass die deutsche Sprache in der EU gleichrangig mit dem Englischen und dem Französischen behandelt werden soll. ran

Bundeswehr II

Deutsche Hilfe für Tunesien

Die Marine will stärker mit Tunesien zusammenarbeiten. Das hat der deutsche Vizeadmiral Andreas Krause bei einem Besuch in dem nordafrikanischen Krisenstaat vereinbart. Der Inspekteur der Marine folgte der Einladung des Befehlshabers der tunesischen Seestreitkräfte und traf auch den Verteidigungsminister. Vor allem in drei Bereichen soll nun eine enge Kooperation geprüft werden: bei den Tauchern, der Marineakademie und der Tauchmedizin. Gedacht ist an eine gemeinsame Ausbildung und den Austausch von Offizieren. Experten der Marine sollen nach Nordafrika reisen, um die Zusammenarbeit vorzubereiten. Tunesien beteiligt sich bereits jetzt an dem sogenannten Nato-Mittelmeer-Dialog. ham

CARSTEN REHDER / PICTURE ALLIANCE / DPA

Marinespezialkräfte der Bundeswehr